

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis:** mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Belegerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.80 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Bestellgeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. — Telefon Sammelnummer 72208 — **Postfachkonto Leipzig Nr. 58477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
**Telegraphen-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telefon 72208. — Verlag in Leipzig,**  
Tauscher Straße 19/21 — **Telefon 72208**

**Inseratenpreise:** Die 10 gespalt. Kolonellsätze 85 Pf., bei Platzvorkauf 40 Pf., Stellenangebote 10 gesp. Kolonellsätze 25 Pf., Familiennachrichten von Privaten die 10 gesp. Kolonellsätze mit 50% Nachsch. Reklamesätze 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10 gesp. Kolonellsätze 40 Pf., bei Platzvorkauf 50 Pf., Reklamesätze 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## Herrn Dr. Geylers Traum.

### Die Wehrmachtpläne der jungdeutschen Imperialisten.

SPD Paris, 3. August. (Radio.)

Die Pariser Presse gibt heute in großer Aufmachung längere Auszüge aus dem Artikel einer realitätspolitischen deutschen Wochenzeitschrift wieder, in dem auf Grund des Berichtes zweier Offiziere der Reichswehr angebliche Organisationspläne höherer militärischer Stellen zwecks baldiger Wiederherstellung der deutschen Militärmacht enthüllt werden. Den Blättern der Rechten ist die Veröffentlichung ein willkommenes Anlag, Deutschland heftig anzugreifen und die „deutsche Gefahr“ in den schwärzesten Farben an die Wand zu malen. „Die Zeiten ändern sich, aber die deutsche Mentalität bleibt dieselbe“, schreibt das Journal. Man würde natürlich wieder behaupten: das alles ist das Werk einer Minderheit. Das sei möglich, aber die Erfahrung habe gezeigt, daß die demokratischen deutschen Elemente ohne wirksame Macht seien, und die Nationalisten nach wie vor Deutschland beherrschen. „Deutschland wünscht die beste Armee Europas“, behauptet der Autor seinen Artikel, der zu dem Schluß kommt, daß jetzt auch die blinden Franzosen einsehen müßten, was für eine Ueberraschung die Reichsregierung der Welt vorbereite. Die Veröffentlichung sei jedenfalls die beste Warnung für die Vertreter Frankreichs auf der Völkerbundstagung im nächsten Monat.

Trotz größter Bemühung möglichst sachlicher Beurteilung sieht auch die linksstehende Presse in den angeblichen Vorbereitungen der Reichswehrleitung eine Bedrohung des Lebens. Gefährlich sei vor allem, daß man bei Vorbereitungen der deutschen militärischen Kreise nicht entgegengetreten sei. Der Friede von Versailles habe gundelstimmig bestimmt, daß auf die deutsche Abrüstung die allgemeine Abrüstung folgen solle. Bisher aber habe nur Deutschland abgerüstet. Es wäre daher das Argument seiner Sicherheit in die Debatte werfen, um von seinen Nachbarn ebenfalls zur Abrüstung oder Wiederherstellung seiner eigenen Wehrmacht zu veranlassen. Wenn die Bemühungen des Völkerbundes in dieser Hinsicht ohnmächtig wären, sei die Wiederherstellung der deutschen Wehrmacht auch nur eine Frage von Jahren. Die allgemeine Abrüstung sei also für Europa eine Lebensfrage.

Es handelt sich um die Wiedergabe des Protokolls einer kürzlich im Flugverhandshaus in Berlin unter Beteiligung eines aktiven Reichswehroffiziers von etwa 30 Offizieren der alten Armee und unter Führung des Majors a. D. v. Stephani und des Rittmeisters a. D. Freyberg v. Wilmendingen stattgefundenen Versammlung, das die Reichswehr veröffentlichte. Dabei wurden die gleichen Pläne behandelt, die wir vor etwa sechs Wochen an das Licht der Öffentlichkeit gezogen haben. Damals schwiegen mit Ausnahme einiger linkssozialistischer Blätter und der kommunistischen Presse, der gesamte deutsche Zeitungsdruck. Aber es war merkwürdig genug, und wir hatten bereits darauf hingewiesen, daß von keiner amtlichen Stelle unseren Darstellungen auch nur ein ein-

ziges offizielles Dementi gegenübergestellt worden war. Nun bringt die Menschheit das vorgenannte Protokoll, obenrein befinden wir uns in der Saurengurkenzeit, und schon brennt es in der deutschen wie in der französischen Presse Lichterloh.

In erster Linie war es die Welt am Montag, die in ihrer letzten Nummer auf die Pläne verwies. Ihre Darstellungen sind nicht ohne jeden intimen Reiz. Bevor wir diese Pläne brachten, waren sie Herrn v. Gerlach unterbreitet worden. Der bekannte frühere Stocker-Anisemit schickte sich mit einem vjsgenannten sozialdemokratischen Außenpolitiker in Verbindung, der kategorisch erklärte: „Glatter Schwindel“. Nachdem sich dann Herr v. Gerlach diese Montagssensation entgegen ließ und nachdem das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, der Vorwärts, mitteilend lächelnd — wir haben diese Darstellungen sorgfältig aufgehoben — die Sache abzutun versuchte, widmet nunmehr die Welt am Montag dem Protokoll einen zwei Spalten umfassenden Leitartikel. Spät kommt ihr, doch ihr kommt.

Damit sind die Erörterungen über die neuen Wehrmachtpläne aus dem Reiche Dr. Geylers noch nicht abgeschlossen. Seinerzeit, als wir diese Darstellungen brachten, war man im Reichswehrministerium nur verwundert, wie diese Aktienstücke offen auf dem Tische liegen geblieben sein konnten, so daß indiskrete Augen Einblick zu nehmen vermochten. Das Protokoll der Stahthelmführung ergibt, daß bei Herrn Dr. Geyler derartige Pläne ernsthaft erwogen werden, und wir glauben nicht fehlzugehen, daß sich auch unsere anderen Schlußfolgerungen bestätigen werden; die wir in jenen Tagen an die Betrachtung der neuen Wehrmachtpläne knüpften.

Die Tatsache nämlich, daß man bereits auf der letzten Tagung des Völkerbundes Erwägungen dieser Art gepflogen habe. Ob das geschah, nachdem Monsieur Aristide Briand wegen seiner Partiflesche nach Paris zurückgefahren war, spielt keine Rolle. Daß aber in England derartige Pläne wohlwollend erwogen werden, dürfte kaum zu bestreiten sein. Die Frage der Militäratachés hat aller Welt die Augen geöffnet. Wenngleich die französischen Nationalisten den Plänen Dr. Geylers ihre Zustimmung nicht ohne weiteres geben werden, so sind doch englische Politiker bereit, solche Angelegenheiten auszuwerfen, um den Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland niemals zum Ausgleich kommen zu lassen. Das ist das A und O der konservativen balance-of-power-Politik.

Die Veröffentlichung des Protokolls und das Echo in der deutschen und französischen Presse aber zeigen, wie skeptisch der republikanische Staatsbürger allen offiziellen und halbamtlichen Dementis gegenüber stehen muß.

## Auf schwankendem Grunde.

Eine Bilanz zum 3. August.

Von U. Stein, Berlin.

In zwei Illusionen frante die Welt, als in den schwülen Julitagen 1914 die zum Kriege treibenden Mächte endgültig die Oberhand gewannen. Die eine Illusion war die, daß die kapitalistischen Klassen in ihrem eigenen Interesse den Krieg nicht wünschen könnten, da er ein zu kostspieliges Instrument für die Durchsetzung ihrer Ziele sei. Und die andere Illusion bestand in der Vorstellung, daß die in der Sozialistischen Internationale gesammelten Kräfte der Arbeiterbewegung stark genug sein würden, um durch ihren einmütigen Protest den Ausbruch eines Krieges zu verhindern.

Die Generation, die durch die Hölle des Krieges gegangen ist, vermag jetzt zurückschauend festzustellen, worin der grundlegende Irrtum dieser beiden Anschauungen bestand. Es kann keineswegs geleugnet werden, daß auch im Kapitalismus Kräfte wirksam sind, für die der Krieg ein unvorteilhaftes Geschäft ist. Aber weit stärker ist die Macht jener Elemente, die durch ihre Verquickung mit finanzkapitalistischer Expansion, kolonialpolitischer Ausbeutung und direkter Kriegsmittelproduktion am Kriegsgeschäft interessiert sind. Gar nicht zu reden von den Rückständen halbfeudaler, monarchistisch-militaristischer Gesellschaftsformationen, die insbesondere in den mittel- und osteuropäischen Militärmonarchien im stärksten Maße als kriegsfördernde Kräfte auftraten und angesichts der großen Zahl ungelöster nationaler Probleme im Osten und Südosten Europas die Möglichkeit starker politischer Auswirkung erlangten.

Nicht minder kompliziert, wie diese Summe der Erscheinungen, die sich in eine Formel nicht hineinplassen läßt, erscheint im geschichtlichen Rückblick die zweite, die mit dem Worte „Bankrott der Zweiten Internationale“ abgetan wird. Die Tatsache des Bankrotts kann freilich nicht geleugnet werden. Aber wichtig ist hier wiederum die Feststellung, daß nicht die Idee der Sozialistischen Internationale zusammenbrach, sondern nur ihre organisatorische Grundlage, die den katastrophalen Umwälzungen des Weltkrieges nicht gewachsen war. Schon die Tatsache der verhältnismäßig schnellen Wiederherstellung der Sozialistischen Arbeiterinternationale (Hamburg 1923) zeigt, daß die Idee des internationalen Kampfes des Proletariats gegen Krieg und Kapitalismus in der Arbeiterklasse aller Länder lebendig geblieben ist und in einer anders gearteten Wirklichkeit nach neuen Mitteln und Methoden sucht, um die vor der internationalen Arbeiterklasse stehenden weltgeschichtlichen Aufgaben zu verwirklichen.

Neue Wege sucht der sozialistische Gedanke nicht nur auf dem Gebiete der internationalen Politik. Der Krieg hat in einer Reihe von Ländern tiefgreifende politische Umwälzungen hervorgerufen: er hat die Militärmonarchien Mitteleuropas fortgesetzt, im Osten Europas an die Stelle des zaristischen Zuchthausstaates einen noch um seine endgültige Form ringenden Bauernstaat gesetzt und das Proletariat Englands und Frankreichs in härtere Verbindung mit der politischen Macht gebracht. Trotz der noch immer nicht überwundenen organisatorischen Zerrissenheit und der tiefen Wunden, die der Bolschewismus der europäischen Arbeiterbewegung geschlagen hat, steht diese dennoch im Mittelpunkte der europäischen Politik, eng verbunden mit den Problemen des wirtschaftlichen und politischen Aufbaues, stärker als früher durchdrungen von den Ideen der politischen Machteroberung und der Durchsetzung sozialistischer Ziele schon in der jetzigen Uebergangperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus. Diese Situation verleiht auch der internationalen Politik der Arbeiterklasse — und das ist in erster Linie der Kampf gegen Kriegsgesfahr, Militarismus und Imperialismus — ein anderes Gesicht. Ebenso wie in der inneren Politik sind auch hier die Probleme klarer und übersichtlicher, die Kampfmittel elastischer und vielfältiger geworden. Auch hier ein weiterer Schritt von der Utopie zur Wirklichkeit, von der romantischen Illusion zum „Sozialismus des Alltags“.

Doch auch hier besteht noch immer die Gefahr des Aufstehens neuer Illusionen, die gewisse Anklänge an die Vorkriegsillusionen aufweisen. Da ist zunächst die zu nennen, die von einem „friedlichen Kapitalismus“ spricht. Eine Reihe bürgerlicher Gelehrter und Politiker kultiviert neuerdings sehr eifrig diesen Gedanken. Henry Ford und Wagnard Keynes sind ebenso mit dabei, wie Professor Schumpeter und Professor Sombart. Der deutsche Bankier Max Warburg hat sogar auf dem letzten Industrie- und Handelstag in Hamburg das Wort vom „Sozialkapitalismus“ in Deutschland geprägt. Diese Idee, in Verbindung gebracht mit einer übertriebenen Vorstellung über das Wirken des jetzigen Völkerbundes, sucht die Illusion zu erwecken, als ob mit der Erstarkung der internationalen Kartellierung drängenden Tendenzen im Hochkapitalismus nicht nur die soziale Frage gelöst und der Sozialismus überflüssig gemacht, sondern auch die Gefahr neuer

## Coolidge verpflichtet auf die Kandidatur.

Ein unerwarteter Entschluß.

SPD Washington, 3. August. (Radio.)

Am Dienstag, dem Tage der vierjährigen Wiederkehr seines Amtsantrittes, erklärte der amerikanische Staatspräsident Coolidge — wie aus Newport gemeldet wird —, daß er zu den Neuwahlen für die Präsidentschaft im Jahre 1928 nicht mehr kandidieren werde. Diese Verpflichtung erfolgte in zehn Worten und tief, da sie völlig unerwartet kam, große Sensation hervor. Ungeachtet war man selbst in der Umgebung des Präsidenten von dessen innerer Entscheidung über seine Stellungnahme zu den kommenden Wahlen nicht unterrichtet. Es ist zweifellos, daß der Verzicht Coolidges nicht aus privaten persönlichen Gründen, sondern unter dem Eindruck der sorgfältigen politischen Mißerfolge seiner Regierung in den letzten Monaten erfolgte.

Es läßt sich noch nicht erkennen, ob diese Absicht des amerikanischen Präsidenten ernst gemeint ist, oder ob sie darauf ausgeht, die eigene Popularität durch Abstimmungsversuche von seinen republikanischen Parteimitgliedern zu erhöhen. Bis der republikanische Parteitag, der die Aufstellung des künftigen Präsidentschaftskandidaten besorgt, zusammentritt, ist immerhin noch reichlich Zeit zum Überlegen. Schließlich wird auch der allerdings nicht mehr zweifelhafte Ausgang der Genfer Seetraktatkonferenz auf die Entscheidung des Präsidenten nicht ohne Einfluß sein. Gibt ihm doch das Genfer Plakat für eine Neuwahl die Gelegenheit, die „Schuld“ für das Mißlingen des von ihm eingeleiteten Werks auf die „andern“, die Engländer, abzuwälzen.

## Susammenstöße mit Manifestanten.

RTS Paris, 2. August.

Wie der Matin aus Lyon meldet, kam es gestern bei Kundgebungen zugunsten des Accos und Banzettis zu Zusammenstößen zwischen den Manifestanten und der Polizei. Es fielen Schüsse. Etwa 15 Personen wurden verletzt, davon fünf schwer. Drei Verhaftungen wurden vorgenommen.

## Tschitscherins Antwort.

Die Sowjetia zu Chamberlains Erklärungen.

DE Moskau, 1. August.

Zu den Erklärungen Chamberlains im Unterhause über die Einstellung Englands zu Sowjetrußland schreiben die offiziellen Sowjetia:

Chamberlain erklärt also, daß das konservative Kabinett angeblich eine weitere Verschärfung des Konflikts zwischen England und der Sowjetunion nicht wünsche. Wenn nicht das feindselige Verhalten und die feindselige Tätigkeit der englischen Regierung gegen die Sowjetunion unumstößliche Tatsachen wären, so könnte man aus der Rede Chamberlains vielleicht eine gewisse Milderung des Tones in der Frage der englisch-russischen Beziehungen heraus hören. Ob dieser launere Ton das Ergebnis der außenpolitischen Lage Englands im Zusammenhang mit der Verschlechterung der englisch-amerikanischen Beziehungen ist oder ein Schachzug mit dem Zweck, die Führer der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften noch mehr in die Politik des Kabinetts gegenüber Sowjetrußland einzuspannen — das läßt sich einstweilen schwer entscheiden. Doch unterliegt es keinem Zweifel, daß derartige Erwägungen ebenso wie die Tatsache des bisherigen Mißlingens der Einheitsfront gegen die Sowjetunion selbst auf die englischen Konservativen einzuwirken beginnen.

Was die Erklärungen Chamberlains betrifft, daß der englische Vorkriegsminister in Paris keinerlei Beziehungen zu den ukrainischen Emigrantenkreisen unterhalte, so bemerken die Sowjetia dazu mit deutlicher Ironie: „Eine anderslautende Erklärung haben wir auch nicht erwartet, denn der englische Minister des Auswärtigen kann doch nicht öffentlich zugeben, daß die englische Regierung Emigrantenkreise unterhalte, die auf einen gegenrevolutionären Umsturz und den Zerfall der Sowjetunion hinarbeiten.“

Polnischer Herceestellungsskandal. Nach einer Meldung aus Lemberg ist dort der Großindustrielle Komog wegen umfangreicher Beihilgen verhaftet worden. Bei Festsicherungen für Herceestellung soll der Staat durch ihn um mehrere hunderttausend Zloty geschädigt worden sein; desgleichen durch Steuerhinterziehung und Anlegung einer geheimen Spiritusfabrik. Insgesamt soll der Schaden über 1 Million Zloty betragen.